



Gegensätze

Das fortschrittlichste Hochschulgesetz der Republik oder der Abschied des Staates aus der Verantwortung für Universitäten und Fachhochschulen? Differenzen bei der Verabschiedung des Hochschulfreiheitsgesetzes.

S. 4

Mieterrechte

Die Koalition sieht kein Problem darin, die Mieterrechte nach einem Verkauf der LEG-Wohnungen zu wahren. Die Opposition ist gegen den Verkauf und fragt: Wo eigentlich sollen die Mieter ihre Rechte einklagen?

S. 5

Lauschangriff

Soll der Verfassungsschutz in den „geschützten Kernbereich der individuellen Lebensgestaltung“ eindringen dürfen, um Terroristen auf die Spur zu kommen? Der Hauptausschuss widmete sich dieser wichtigen Frage.

S. 13

Wärme

Ruht zu unseren Füßen eine unerschöpfliche Energiequelle? Um die Hitze in der Tiefe der Erde ging es bei einer Anhörung von Experten im Wirtschaftsausschuss. Thema: Geothermie und ihre Chancen für NRW.

S. 15

Festlicher Höhepunkt der Feierlichkeiten zur Erinnerung an die Landesgründung vor 60 Jahren: Unter der imposanten Kuppel der Düsseldorfer Tonhalle kamen die Spitzen des Landes, Gäste aus der Bundespolitik und „ganz einfache Leute“ zusammen. Zu einer Veranstaltung, die mehr war als ein Spektakel für Augen und Ohren. Neben den Sinnen wurden auch Herz und Verstand angesprochen. Chorgesang, Orchesterklänge, ein Film zur Landesgeschichte und Reden machten das Programm aus. Die wenigsten wohl kannten die Nachkriegszeit, an die der Festakt erinnerte, mit all ihrer Not und ihren Beschränkungen noch aus eigenem Erleben. Umso wichtiger, dass auch viele junge Menschen mit dabei waren, etwa im Chor die 150 Jungen und Mädchen, die das NRW-Lied anstimmten.

Völkerverständigung

Im Zeichen der Versöhnung zwischen dem deutschen und dem belarussischen (weißrussischen) Volk stand das Besuchsprogramm einer nordrhein-westfälischen Parlamentarierdelegation in Minsk, der Hauptstadt des Landes. Die Einladung ging aus von den Tschernobyl-Organisationen und der Leitung des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks Dortmund (IBB). Die nordrhein-westfälischen Gäste sollten an der feierlichen Umbenennung des IBB Minsk, einem Ort des gemeinsamen Lernens und der Zusammenarbeit, in „Johannes Rau Haus“ teilnehmen. Der Vorschlag dazu stammt vom belarussischen Außenministerium. Damit will man die Arbeit an der Völkerverständigung würdigen, den Wert von gegenseitiger Hilfe und Zusammenarbeit unterstreichen und die Erinnerung an den bekannten Bundes- und Landespolitiker wach halten (siehe auch Seite 14).



Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
Kein frisches Geld für Berlin	3
<i>Diskussion über die Leistungen der Länder im Finanzausgleich</i>	
Verbesserung oder Rückschritt?	4
<i>Landtag verabschiedet Hochschulfreiheitsgesetz</i>	
„Nur mit hohen Sozialstandards“	5
<i>Streit um geplanten Verkauf der LEG an Großinvestor</i>	
Minister: Gesetz verbietet Auskunft	6
<i>Grüne fordern per Eilantrag Aufklärung im „Steuerfall Flick“</i>	
Wankt das Drei-Säulen-Modell?	7
<i>SPD fordert Erhalt des Bezeichnungsschutzes für Sparkassen</i>	
Mut, Zuversicht, Gottes Segen	8
<i>Landtagspräsidentin kündigt zum Jubiläum Stipendien-Programm an</i>	
Nichts ererbt, alles erarbeitet	9
<i>„Liebeserklärung“ des Ministerpräsidenten an Nordrhein-Westfalen</i>	
Wohl gefühlt in NRW	10
<i>Bundeskanzlerin Angela Merkel rühmt die Rolle des Landes</i>	
Glück auf, Glückwunsch, alles Gute!	11
<i>Finanzminister Steinbrück würdigt das Land und seine Menschen</i>	
Die Queen ließ Grüße ausrichten	12
<i>Herzogin von Gloucester: Enge Bande zwischen England und NRW</i>	
Per Aktennotiz zur Hauptstadt geworden	12
<i>OB Erwin: Stadt und Land feiern heute Diamantene Hochzeit</i>	
Stolperstein aus dem Weg geräumt	13
<i>CDU verzichtet auf Großen Lauschangriff für Verfassungsschutz</i>	
Zuwanderer sind willkommen	14
<i>Aktionsplan Integration soll Migranten die Eingliederung erleichtern</i>	
Wärme, die aus der Tiefe kommt	15
<i>Ausschuss informiert sich über Chancen der Geothermie in NRW</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	16
„Bei weniger Geld mehr Phantasie“	17
<i>Experten kämpfen gegen Kürzungen bei der Weiterbildung</i>	
Aus den Fraktionen	18
Porträt der Woche: Oliver Keymis (GRÜNE)	19
FCL: Spieler verliehen – Spiel verloren	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20



Ein würdiger Festakt zum 60. Jubiläum

Bunte Flaggen, roter Teppich, festlich gekleidete und freudig gestimmte Ehrengäste, die an einer britischen Militärkapelle vorbeidefilieren, die Düsseldorfer Symphoniker, ein fröhlicher Kinderchor. Landtag und Landesregierung hatten zum Festakt in die Düsseldorfer Tonhalle gerufen und viele kamen: Bundeskanzlerin Angela Merkel, Ihre Königliche Hoheit, die Herzogin von Gloucester, Bundesfinanzminister Peer Steinbrück. Prominente und Normalbürger, Abgeordnete und Minister, Bürgermeister und Landräte.

60 Jahre Nordrhein-Westfalen. Rückblick und Ausblick. Ein demokratisches Gemeinwesen hält kurz inne, um sich seiner selbst zu vergewissern. Mit durchaus gemischten Gefühlen: Stolz auf das in sechs Jahrzehnten Erreichte und ein wenig Unsicherheit darüber, wie es weiter geht.

Sicher, die Leistungen der Vergangenheit waren enorm. Wiederaufbau der politischen und wirtschaftlichen Strukturen, Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen, Vollbeschäftigung. Millionen Menschen haben daran mitgearbeitet, voller Einsatz und voller Zuversicht, dass es aufwärts geht.

ZUVERSICHT

Die Festtagsgeigen sind verstummt, die feierlichen Reden verhallt. Der Alltag hat uns wieder. Die Probleme, für einen Abend fast vergessen, kehren zurück. Die Reform der Sozialsysteme, die Folgen der demographischen Entwicklung, Arbeitsmarkt und Globalisierung, Innere Sicherheit und die Integration von Zuwanderern aus anderen Kulturkreisen – nicht eben klein die aktuelle Agenda politischen und gesellschaftlichen Handelns.

Aber ist das Anlass zum Jammern und Verzweifeln? Ein Blick zurück muss doch zeigen, dass damals vor sechs Jahrzehnten die Frauen und Männer im Land und im Landesparlament vor einem viel höheren Berg an Herausforderungen standen und dabei nicht wussten, wann sie das nächste Mal wieder satt sein würden. Haben sie resigniert? Nein, sie haben die Dinge angepackt, eins nach dem anderen, zäh, beharrlich und erfolgreich.

So sind sie für heute Vorbild. Wenn dieser Festakt in der Tonhalle ein wenig von dieser Einstellung auf die Menschen übertragen hat, dann war es ein gelungenes Fest. Musik und Reden sind vorbei, aber die Zuversicht ist ein wenig gestiegen: Glück auf, Nordrhein-Westfalen!

JK

Wirtschaftliche Beziehungen

...und Fragen der wechselseitigen konsularischen Vertretung waren Themen des Gesprächs, das der Generalkonsul der Volksrepublik China Haiyan Li (L.) im Landtag geführt hat. Hier der Eintrag in das Gästebuch des Landtags mit Präsidentin Regina van Dinther (M.) und Harald Schartau, dem Vorsitzenden der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe.

Foto: Schälte



Kein frisches Geld für Berlin

Diskussion über die Leistungen der Länder im Finanzausgleich

Berlin versinkt in Schulden, wird aber nach dem Spruch aus Karlsruhe kein Geld von den anderen Ländern und vom Bund bekommen. Welche Konsequenzen hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes für NRW? Darüber debattierte der Landtag auf Antrag der FDP-Fraktion in einer Aktuellen Stunde.

Angela Freimuth (FDP) kritisierte, Berlin leiste viele Sachen, die sich NRW aus Verantwortung für die nachfolgende Generation nicht leiste. Jeder dürfe nur das ausgeben, was er habe. „Das Urteil zeigt, dass der Konsolidierungskurs, den wir eingeschlagen haben, ohne Alternative ist“, so die Abgeordnete. „Steuermehreinnahmen dürfen nicht, so verlockend es ist, ausgegeben werden.“ Der Länderfinanzausgleich müsse im Volumen reduziert werden. Damit würde dem heutigen System der Mischfinanzierung und gegenseitigen Nichtverantwortlichkeit endlich ein Ende bereitet. Man brauche das Konnexitäts-System, nach dem derjenige die Kosten trage, der sie auch verursache. Im Sinne der Generationengerechtigkeit seien auch eine striktere Fassung des nationalen Stabilitätspaktes und die Verankerung eines Verschuldungsverbotes in der Verfassung.

Harald Schartau (SPD) sagte, das Urteil habe positive Elemente besonders für die landespolitische Autonomie. Aber wenn die Länder mit dem Bund ein neues Finanzgeflecht hinbekommen wollten, sei es nicht klug, den Berlinern Ratschläge zu geben. Auch in NRW würde man sich wehren, wenn andere sagen wollten, was zu tun sei. Für die anstehenden Verhandlungen

über die Föderalismusreform II und die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen müssten die Fragen beantwortet werden: „Wie wird in Zukunft mit Schulden der Länder umgegangen? Werden wir zu Sanktionen schreiten und wer wird die durchsetzen?“ Auf diese Fragen Antworten zu finden, sei klüger, als mit dem Finger auf Berlin zu zeigen.

Lutz Lienenkämper (CDU) bemängelte die Reaktion von Berlins Regierendem Bürgermeister auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts: Woreit wolle keine Oper und keine Universität schließen und auch keine Studiengebühren einführen, stattdessen nach wie vor auf die Gebühren für Kindertagesstätten verzichten. Lienenkämper: „Ich frage mich ernsthaft: Ist diese Reaktion nur Dummheit oder ist das Dreistigkeit oder eine unheilvolle Kombination aus beidem?“ Die Koalition aus CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen fahre seit knapp eineinhalb Jahren angesichts des übernommenen Schuldenberges einen konsequenten Sparkurs, der überall im Lande spürbar sei. Trotzdem sei man entschlossen, den steinigen Weg weiterzugehen: „Wir brauchen ein Frühwarnsystem und eine gesetzlich verankerte Schuldenbremse.“

Rüdiger Sagel (GRÜNE) war der Meinung: „Berlin errichtete in erschreckend kurzer Zeit einen riesigen Schuldenberg. Besorgniserregend ist auch der rasante Anstieg der Verschuldung in den neuen Ländern mit Ausnahme Sachsens.“ Eine ernsthafte Diskussion um Lösungskonzepte müsse eine Änderung der Verschuldungsregeln des Artikels 115 Grundgesetz ausdrücklich mit einbeziehen. Denn die verfassungsrechtliche Schranke zur Begrenzung der Neuverschuldung habe sich als unzureichend erwiesen. Die gerade durchgeführte Reform der Vergabe der europäischen Strukturhilfen sei ein Vorbild: Hier würden die Mittel jetzt nicht mehr nach dem Regionalprinzip, sondern nach den Grundsätzen der Bedarfsorientierung und der Projektorientierung vergeben, erläuterte Sagel.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) meinte, das „Berlin-Urteil“ sei eines der wesentlichsten Urteile, die Karlsruhe zum Finanzausgleich gesprochen habe. „Wir begrüßen dieses weise Urteil ausdrücklich.“ Wer für sich finanzpolitische Autonomie reklamiere, müsse auch für die Folgen einstehen: „Wer A sagt, muss auch B sagen.“ Die bundesstaatliche Solidargemeinschaft dürfe nicht überstrapaziert werden. „Zuviel Solidarität setzt die falschen Handlungsanreize“, meinte der Minister, „es kann nicht sein, dass Schulden abgewälzt werden auf die Geberländer.“ Die Brisanz der Verschuldung lasse keine andere Wahl: „Wir müssen eine Schuldenbremse einführen und uns an Regeln halten.“ ■

Verbesserung oder Rückschritt?

Landtag verabschiedet Hochschulfreiheitsgesetz

Nach zweiter Lesung hat der Landtag das Hochschulfreiheitsgesetz (Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 14/2063) verabschiedet. Die fast 30 Universitäten und Fachhochschulen in NRW sollen als Körperschaften des öffentlichen Rechts selbstständig werden und können Finanz-, Personal- und Organisationsentscheidungen in Zukunft eigenständig treffen. Während sich die Regierung durch mehr Wettbewerb eine Verbesserung von Forschung und Lehre verspricht, forderte die Opposition die Koalition auf, den Gesetzentwurf zurückzuziehen. Die Opposition will, dass der Staat hier die Verantwortung behält.

Manfred Kuhmichel (CDU) wies darauf hin, seine Fraktion wünsche sich ein solches Gesetz schon seit Jahren, und „anderthalb Jahre nach der Wende“ liege es nun endlich vor. NRW setze sich damit an „die Spitze der Reformbewegung“. Der Opposition warf er vor, sich dem Vorhaben zu verschließen und damit eine Flucht aus der Verantwortung anzutreten. Es sei klar, dass bei einschneidenden Veränderungen Sorgen nicht ausblieben; die bestehenden Bedenken würden sich aber als gegenstandslos erweisen. So würden sich etwa die Beschäftigten künftig nicht mehr dem Land, sondern den Hochschulen verpflichtet fühlen, was zu einer verstärkten Identifizierung mit den Hochschulen führe. „Wir sind uns sicher, dass die Hochschulen die Chancen ergreifen werden, die ihnen geboten werden“, so Kuhmichel.

Karl Schultheis (SPD) betonte, die Verabschiedung des Gesetzentwurfs sei keine Sternstunde der Hochschulpolitik, sondern eher ein schwarzer Tag für die Hochschulen und für die Bildung junger Menschen in NRW. Der Regierung warf er vor, sich aus der staatlichen Verantwortung für

Bildung durch eine größere Entfernung zu den Einrichtungen zu verabschieden. Insbesondere kritisierte er die Entlassung aus dem Landesdienst von 55.000 Beschäftigten der Hochschulen. Zwar blieben diese weiterhin an den Hochschulen beschäftigt, aber ihre Beschäftigungsbedingungen würden sich verschlechtern und ausdifferenzieren. „Die Regierung nimmt in Kauf, dass einzelne Hochschulen in Schwierigkeiten geraten“, sagte Schultheis. Zwar fordere auch die SPD mehr Selbstbestimmung und Autonomie für die Hochschulen, trotz einzelner Änderungsanträge könne dieser Gesetzentwurf jedoch nicht die Zustimmung seiner Fraktion finden.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) warf der Regierung vor, mit diesem Gesetz die staatliche Verantwortung für Wissenschaft, Forschung und Lehre „zugunsten eines pseudo-modernistischen Markt- und Wettbewerbsansatzes“ aus der Hand zu geben. Sie bezeichnete das Gesetz als „Mogelpackung“, denn anders als der wohlklingende Name „Hochschulfreiheitsgesetz“

suggestiere, schränke das neue Gesetz die Freiheit der Hochschulen massiv ein. Vor allem der neu zu schaffende Hochschulrat wurde von ihr scharf kritisiert. Ihr Fazit: „Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht!“ Deshalb sage ihre Fraktion „Ja zu freien und autonomen Hochschulen, aber Nein zu diesem Gesetz“.

Christian Lindner (FDP) wies darauf hin, dass mit der Hochschullandschaft in NRW derzeit nicht alles zum Besten stehe. „Wenn nun angemahnt wird, das Gesetz zurückzunehmen und bescheidener in unseren Ansprüchen zu werden, ist dies verantwortungslos“, so der Abgeordnete. Durch das Gesetz der Regierungskoalition bekämen die Hochschulen mehr Freiheit und erweiterte Handlungsmöglichkeiten. Durch den neuen Hochschulrat würden sie sich außerdem gegenüber der Gesellschaft öffnen, da externer Sachverstand hinzugezogen werde. Die Kritik, es käme zu „Massenentlassungen“, wies er zurück, da die jetzigen Beschäftigten keine Verschlechterung zu befürchten hätten.

Wissenschaftsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP) betonte: „Der heutige Tag ist ein guter Tag für Hochschulen und Hochschulpolitik in NRW.“ Die Regierung habe das „freiheitlichste Hochschulrecht in ganz Deutschland“ erarbeitet. Der Weg für mehr Autonomie und mehr Eigenverantwortung der Hochschulen sei jetzt frei, was die Hochschulen schneller, beweglicher und dadurch besser machen werde. Auch die Anhörung hätte ergeben, dass die Hochschulen – die in die Beratungen miteinbezogen gewesen seien – das Gesetz wollten. Befürchtungen seien unbegründet: „Unter dem Strich gibt es keine Mehrbelastung für die Hochschulen“, so der Minister. Mit dem Gesetz werde mehr Freiheit der Hochschulen erreicht, der Staat werde sich aber nicht aus der Verantwortung einer hinreichenden Finanzierung zurückziehen. ■



Grüne Glückwünsche

... werden hier ausgetauscht: Der in den Landtag zurückgekehrte Ewald Groth (r.) gratuliert seinem Fraktionskollegen Oliver Keymis (l.) zu seiner Wahl als Vizepräsident. Zustande gekommen sind beide Veränderungen durch das Ausscheiden von Dr. Michael Vesper (GRÜNE), der Präsident des Deutschen Olympischen Sportbunds geworden ist und sein Abgeordnetenmandat und damit auch sein Amt als Landtagsvizepräsident niedergelegt hatte.

Foto: Schälte

„Nur mit hohen Sozialstandards“

Streit um geplanten Verkauf der LEG an Großinvestor

Auch das gehört zum Geschäft: Regierungshandeln – geplanter LEG-Verkauf – und das öffentliche Echo darauf. Bauminister Wittke studiert die Presseschau mit ihren Schlagzeilen.

Foto: Schälte

Bernd Schulte (CDU) hob hervor, staatliches Handeln sei nur da gefragt, wo Wohnungsengpässe bestünden. Außerdem bestehe bei den LEG-Wohnungen ein erheblicher Sanierungsbedarf, für den die Landesentwicklungsgesellschaft kein Kapital habe. Geld aus Landesmitteln für die Modernisierung zu verwenden, könne angesichts der Haushaltslage nicht verantwortet werden. Das schwarz-gelbe Landeskabinett habe sich nach eingängiger Abwägung und auf Empfehlung der Berater entschlossen, sämtliche Wohnungsbestände der LEG im Paket an einen Investor zu verkaufen. Das biete den Vorteil, dass der Verkauf zügig und unkompliziert umgesetzt werden könne. Er rechne damit, dass die Transaktion Anfang 2008 abgeschlossen werden könne.

Horst Becker (GRÜNE) bemängelte, die Regierungskoalition habe früher ordnungs- und finanzpolitisch argumentiert, stelle nun aber den LEG-Verkauf als eine „sozialpolitische Wohltat“ dar. Er fragte, was der Verkauf für die Stadtentwicklung, die Eingriffsmöglichkeiten des Landes und die Situation für Menschen mit sinkenden Einkommen bedeute. Die Selbstdarstellung der Landesregierung als „soziales Gewissen“ stehe in klarem Gegensatz zu den geplanten Veräußerungen; zwischen „Reden und Handeln“ bestünden große Unterschiede. Becker wies darauf hin, dass in den Plänen eine Stelle fehle, die die Zusagen an die Mieter durchsetzen könne.

Christof Rasche (FDP) betonte: „Wir wollen einen starken Staat, der sich auf seine Kernaufgaben beschränkt. ... Da sich der Wohnungsmarkt gegenüber den vergangenen Jahrzehnten im Land weitgehend entspannt hat und sich Dreiviertel des öffentlichen Wohnungsbaubestands schon jetzt nicht im Eigentum des Landes befinden, sind wir der Auffassung, das öffentliche Wohneigentum gehört nicht mehr zu den Kernaufgaben des Landes.“ Mehrmals habe die FDP angemerkt, Ziel sei nicht der größtmögliche Gewinn. Deshalb seien die bundesweit höchsten Sozialauflagen festgelegt worden. Auch Rasche kritisierte, die Gewerkschaften hätten rund 20.000 Wohnungen ohne soziale Sicherung verkauft. Ihre Unterstützung der Volksinitiative gegen den Verkauf der LEG-Wohnung sei deshalb „mehr als scheinheilig“.

Über den geplanten Verkauf der Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen GmbH (LEG) hat die Landesregierung den Landtag unterrichtet. In derselben Sitzung beantwortete NRW-Bauminister Oliver Wittke (CDU) die Große Anfrage der SPD-Fraktion (Drs. 14/2512) zur Zukunft der Mieterinnen und Mieter sowie der Belegschaft der LEG. In Verbindung damit wurde auch der Antrag der Grünen (Drs. 14/2731) debattiert: „Pläne zum LEG-Verkauf transparent gestalten – Gutachten zum LEG-Verkauf vorlegen“. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Bauminister Oliver Wittke (CDU) sagte, der Verkauf von mehr als 100.000 Wohnungen der LEG sei unumgänglich, werde aber an hohe Sozialstandards geknüpft. Das Landesunternehmen sei chronisch unterfinanziert. Jahr für Jahr seien Wohnungen unstrukturiert veräußert worden. „Wir benötigen privates Kapital, um diese Wohnungen zukunftssicher zu machen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat seine Wohnungen ohne Schutzklauseln veräußert – das tun wir nicht.“ Die LEG-Mieter sollen zehn Jahre lang geschützt werden – unter anderem durch eine Begrenzung von Mieterhöhungen, den Verzicht auf Luxus-sanierungen und lebenslanges Wohnrecht für ältere Mieter. Um diese hohen Sozialstandards durchzuhalten, werde der Finanzminister bewusst auf Einnahmen verzichten, denn sie bedeuteten Abschlüsse beim Erlös.

Monika Ruff-Händelkes (SPD) warf der Regierung vor, dass ein großer Teil der von ihrer Fraktion eingereichten Fragen unbeantwortet geblieben sei. Dabei handle es sich in erster Linie um Fragen zur Zukunft der Beschäftigten sowie Mieter und Mieterinnen der LEG. Anders als angekündigt gingen die Sozialstandards bei dem geplanten Verkauf nicht über das übliche Maß hinaus. Außerdem stelle sich die Frage, wo die angekündigten Maßnahmen für die Mieter einklagbar seien. Ansprechpartner sei hier wohl nicht die Regierung. Sie bezichtigte die Koalition der Verbreitung von „Lebenslügen“, da sich nicht alle Wirtschaftsunternehmen an Absprachen hielten. „Vertrauen Sie nicht allein auf den Anstand börsenorientierter Unternehmen“, mahnte die Abgeordnete. Für die Mieter forderte sie stattdessen „reelle Sicherheiten“.

Minister: Gesetz verbietet Auskunft

Grüne fordern per Eilantrag Aufklärung im „Steuerfall Flick“

Nach Berichten eines Hamburger Nachrichtenmagazins muss das Land womöglich 75 Millionen Euro an die Erben des Anfang Oktober verstorbenen Multi-Milliardärs Friedrich Karl Flick zurückzahlen. Dieser hatte sich 1997 wegen Steuerhinterziehung selbst angezeigt und 150 Millionen DM an die Landeskasse gezahlt. Kürzlich war bekannt geworden, dass die Staatsanwaltschaft Düsseldorf im Sommer dieses Jahres ein Strafverfahren gegen Flick nach achtjährigen Ermittlungen wegen Verjährung hatte einstellen müssen. Fahnder der Ermittlungsbehörden gerieten in Verdacht. Die grüne Fraktion verlangte Aufklärung und hatte das Thema per Eilantrag (Drs. 14/2775) auf die Tagesordnung der Plenarsitzung gebracht.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) wollte vom Finanzminister wissen, warum die Ermittlungen der Steuerbehörden beinahe acht Jahre andauern und bis heute zu keinem erkennbaren Ergebnis geführt haben. Die Aufklärung des Falls sei von besonderem öffentlichem Interesse. Finanzminister Linssen warf er vor: „Sie treten nicht dem Eindruck entgegen, dass man als Milliardär nur geschickt sein muss, um eine Steuerschuld im zweistelligen Millionenbereich zu vermeiden, die dem Staat offenkundig zusteht.“ Man laufe Gefahr, das Vertrauen in die Behörden nachhaltig zu erschüttern. Daher müsse der Minister jetzt bereit sein, sich schützend vor seine Verwaltung zu stellen, indem er sich in diesem speziellen Fall für die Aufhebung des Steuergeheimnisses einsetzt. Die rechtlichen Möglichkeiten seien nach der Abgabenverordnung aus seiner Sicht gegeben.



Rüdiger Sagel (GRÜNE)



Volkmar Klein (CDU)

Volkmar Klein (CDU) appellierte an das Parlament, den Fall „mit der gebotenen Sachlichkeit“ und nicht auf dem „Niveau einer Nachmittags-talkshow“ zu behandeln. Die Abgabenverordnung verpflichte Amtsträger – wie den Finanzminister – zum Schutz des Steuergeheimnisses. Das sei nicht irgendein Recht, sondern die Ausgestaltung des grundgesetzlich verbrieften Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. Um die Gefahr einer „leichtfertigen Aushöhlung“ zu minimieren, seien die Möglichkeiten für die Aufhebung des Steuergeheimnisses sehr eng gesteckt: Voraussetzung sei ein „zwingendes öffentliches Interesse“ sowie die Gefahr von schweren Nachteilen für das öffentliche Wohl. „Ich denke, dass alles das weit von diesem Fall entfernt sein dürfte“, so Klein. Seine Fraktion werde den Antrag aus „zwingender rechtlicher Notwendigkeit“ ablehnen.

Gisela Walsken (SPD) betonte, es gehe nicht um eine „Neiddebatte“, sondern um die Frage, „ob zum Nachteil der Steuer- oder der Justizverwaltung NRW Dinge verbreitet werden, die so nicht hätten verbreitet werden dürfen“. Walsken weiter: „Herr Finanzminister, Sie hätten Gelegenheit gehabt, sich vor Ihre Finanzverwaltung zu stellen und die Gefahr, die wir für den Landeshaushalt sehen – nämlich unter Umständen eine Rückzahlung von 75 Millionen Euro – vom Tisch zu nehmen.“ Stattdessen habe der Minister bei der Dringlichen Anfrage im Haushalts- und Finanzausschuss eine „Gesamtblockade“ gewagt und jede Auskunft im Fall Flick verweigert. Seine Vorgänger hingegen hätten es immer wieder geschafft, das Informationsrecht des Landtags unter Einhaltung des Steuergeheimnisses zu befriedigen. Diese Chance sei vertan worden. Die SPD werde daher dem Antrag der Grünen zustimmen.

Angela Freimuth (FDP) zeigte kein Verständnis für die Forderung der Oppositionsfraktionen. „Wir legen großen Wert darauf, dass jeder, der in einem Steuerverfahren seine persönlichen Daten, seine persönlichen Verhältnisse offenlegt und damit einen Kernbereich seiner Privatsphä-



Gisela Walsken (SPD)



Angela Freimuth (FDP)



Finanzminister
Dr. Helmut Linssen (CDU)

Fotos: Schälte

re offenbart – ansonsten ist ein Steuerungsverfahren nach Gesetz und Recht überhaupt nicht durchzuführen –, darauf vertrauen darf, dass dieser Kern der Privatsphäre auch geschützt bleibt und nicht der Öffentlichkeit preisgegeben wird“, sagte die Abgeordnete. Zwar sehe der Gesetzgeber in bestimmten Situationen Ausnahmen für die Aufrechterhaltung des Rechtsschutzes vor, aber: „Diese Ausnahme ist, jedenfalls nach unserer Feststellung und nach dem, was uns bekannt ist, im vorliegenden Fall nicht gegeben.“

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) richtete sich an die Oppositionsfraktionen: „Sie wollen Aufklärung in der Sache, die kann ich Ihnen nicht geben.“ Als Minister einer ordnungsgemäß arbeitenden Verwaltung verspüre auch er den Wunsch, zu den im „SPIEGEL“ erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen und den Sachverhalt zu erläutern. Allein das Gesetz biete ihm hierzu leider keinen rechtlichen Rahmen. ■

Wankt das Drei-Säulen-Modell?

SPD fordert Erhalt des Bezeichnungsschutzes für Sparkassen

Mit ihrem Antrag „Deutscher Finanzdienstleistungsmarkt im Wandel – Bezeichnungsschutz für Sparkassen erhalten“ (Drs. 14/2783) hat die SPD-Fraktion Landtag und Landesregierung zu einem einmütigen Bekenntnis zu den Sparkassen im Land aufgerufen. Die Bundesregierung müsse in ihrem Bemühen unterstützt werden, das deutsche Drei-Säulen-System aus Privat-, Genossenschaftsbanken sowie Sparkassen gegen Einwände der Europäischen Union zu verteidigen. Zwar betonten alle Fraktionen die wirtschaftliche Bedeutung der Sparkassen für NRW, CDU und FDP verweigerten dem Antrag jedoch am Ende ihre Zustimmung.

Gisela Walsken (SPD) warb für den SPD-Antrag, der „von seinen Inhalten her die Zukunft des Finanzplatzes NRW maßgeblich bestimmen wird“. Mit 2.576 Geschäftsstellen und fast 65.000 Beschäftigten gehöre NRW zu den stärksten Sparkassenstandorten Deutschlands. „Wir wissen, dass die Sparkassen nicht nur die Geldversorgung in der Fläche sicherstellen, sondern insbesondere für die kleinen Leute da sind, auch für die, die auf Transferleistungen angewiesen sind und woanders kein Girokonto mehr bekommen“, so die Abgeordnete. Demnach sei der Streit mit der EU um den Namensschutz der Sparkassen keineswegs nur Sache der Bundesebene: „Das nordrhein-westfälische Parlament hat gegenüber den Sparkassen und ihren Beschäftigten die Pflicht klarzumachen, dass es an ihrer Seite steht.“

Volkmar Klein (CDU) bezeichnete „diesen aus Berlin abgeschriebenen Antrag“ als kontraproduktiv und als gescheiterten Versuch, die Koalition in Düsseldorf auseinanderzubringen. Die große Bedeutung der Sparkassen für den Finanzsektor NRW werde auch von Schwarz-Gelb nicht in Frage gestellt: „Die flächendeckende Versorgung für uns alle, vor allem die gute und dominierende Mittelstandsförderung durch die Sparkassen ist nicht nur etwas, was volkswirtschaftlich wichtig ist, sondern es ist etwas, auf das wir stolz sein können“. Unabhängig davon falle der im Kreditwesengesetz geregelte Bezeichnungsschutz für Sparkassen eindeutig in den Zuständigkeitsbereich des Bundes. Insofern werde sich hierzu in der geplanten Novelle des NRW-Sparkassengesetzes „mit Sicherheit keine Regelung finden“.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) sprach sich eindeutig für den Schutz der Sparkassen aus: „Aus unserer Sicht übersieht die EU-Kommission, dass Verbraucherinnen und Verbraucher mit dem Begriff ‚Sparkasse‘ eine ganz bestimmte Art von Bank verbinden, nämlich eine Bank mit klarem öffentlichen Auftrag, mit einer hohen Präsenz in der Fläche und mit einer Geschäftsphilosophie, die sich grundlegend von der Sharehol-

der-Value-Ausrichtung der privaten Banken unterscheidet.“ Der Verbraucher habe einen Anspruch darauf, dass der Name „Sparkasse“ und die normativen Inhalte und Ansprüche, die dieser Name repräsentiere, nicht verwässert würden. Er sprach sich dafür aus, den Namensschutz der Sparkassen in einem Bundessparkassengesetz festzuschreiben.

Angela Freimuth (FDP) warf der SPD mangelnden Weitblick vor: Mit ihrem „zur Unzeit“ gestellten Antrag laufe sie Gefahr, die Fronten zwischen Bund und EU beim Zankapfel Bezeichnungsschutz weiter zu verhärten. Der Kompromissvorschlag der Bundesregierung sehe vor, dass auch privatisierte Sparkassen künftig die Erlaubnis zur Verwendung der Bezeichnung „Sparkasse“ erhalten. Zudem warnte Freimuth davor, längst eingesetzte Entwicklungen im Banksektor zu verschlafen. So sei durch das Zeitalter des Internets eines der „Wesentlichkeitsmerkmale der Sparkassen“, nämlich das Regionalprinzip, aufgeweicht worden.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) riet davon ab, den Antrag in der derzeitigen Verhandlungsphase der Bundesregierung mit der EU-Kommission zu beschließen. Stattdessen solle das Land seine Kräfte auf die Reform des eigenen Sparkassenrechts konzentrieren. Hierbei gehe es um die Stärkung des Sparkassenwesens und die zukunftssichere Ausgestaltung der dritten Säule des deutschen Bankensystems. „Die geschäftliche Betätigung der Sparkassen ist auf die Region ausgerichtet, ihr Mehrwert bleibt der Region erhalten – dies soll auch in Zukunft so sein“, sagte der Minister.

Wolfram Kuschke (SPD) appellierte an den Landtag: „Die Auseinandersetzung in der Frage, ob Millionen Bürgerinnen und Bürger zukünftig noch ein vernünftiges Bankkonto, einen vernünftigen Zugang zu Finanzdienstleistungen haben werden, wird ein ganz entscheidender Faktor der Glaubwürdigkeit unserer Politik und auch des Vertrauens in europäisches Handeln sein.“



Foto: Schälte

Mut, Zuversicht, Gottes Segen

Landtagspräsidentin kündigt zum Jubiläum Stipendien-Programm an

In einer ebenso feierlichen wie auch fröhlichen Veranstaltung hat der Landtag zusammen mit der Landesregierung an seine Wurzeln erinnert. Die Düsseldorfer Tonhalle war Ort des Festakts unter dem Motto „60 Jahre Nordrhein-Westfalen“. 1.200 Gäste aus der Politik – darunter Bundeskanzlerin Angela Merkel – und dem öffentlichen Leben waren an diesem Oktoberabend gekommen. Eine Einladung hatten auch 100 Bürgerinnen und Bürger erhalten, die am 23. August, dem offiziellen Gründungstag des Landes NRW, Geburtstag haben.

Landtagspräsidentin Regina van Dinter begrüßte die Gäste. Sie freue sich, sagte sie, dass Repräsentanten aus Rechtsprechung, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, der Kirchen und Religionsgemeinschaften, der konsularischen Vertretungen und unserer Partnerprovinzen und nicht zuletzt von Bund und Ländern ihrer und Ministerpräsident Rüttgers'

Einladung gefolgt seien. Unter dem Applaus der Zuhörer fuhr sie fort: „Stellvertretend für alle Gäste heiße ich Bundeskanzlerin Angela Merkel zu unserem Festakt willkommen. Ich freue mich sehr, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie bei uns sind.“

60 Jahre Land und Landtag NRW, das sei den Bürgerinnen und Bürgern zu verdanken, die sich seit sechs Jahrzehnten für unser Land stark machten, „die Vertrauen in die Zukunft unseres Zusammenlebens setzen und heute durch die Bürgermeister und Landräte symbolisch vertreten werden“.

Mit Blick auf den Neuanfang nach der Nazidiktatur erinnerte sie an „unsere engen Freunde aus Großbritannien, die uns den Weg in eine weltoffene und tolerante Gesellschaft geebnet haben. Sie haben uns bei unseren ersten Schritten in die Demokratie fest an der Hand gehalten und uns den Weg schließlich eigenständig weitergehen lassen.“ Als Vertreterin des britischen Königshauses begrüßte die Parlamentspräsidentin die Herzogin von Gloucester: „Königliche Hoheit, Sie sind uns herzlich willkommen!“

Über 1.500 Männer und Frauen hätten bisher im Parlament unserer Demokratie gedient, fuhr sie fort und wandte sich an die ehemaligen Abgeordneten, die in die Tonhalle gekommen waren: Sie hätten durch ihre Arbeit die politische Kultur des Landes geprägt. Das geschah anfangs unter erschwerten Bedingungen: Auf Klappstühlen hätten sie bis 1949 in den Düsseldorfer Henkelwerken getagt. Die Hoffnung auf bessere und friedlichere Zeiten sei groß gewesen. „Diese Hoffnung verband die Landespolitiker der ersten Stunde mit den Menschen an Rhein, Ruhr und Weser.“

60 Jahre Freiheit, Vielfalt und Verantwortung – mit diesen drei Worten charakte-

rierte Regina van Dinter ihren Rückblick. Diese drei Stärken des Landes hätten den Wandel ermöglicht und verliehen auch jetzt in einer globalisierten Welt Mut und Zuversicht zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen. Freiheit gehöre mit zu den wichtigsten Gütern. Die reiche Vielfalt des Landes habe man vor kurzem noch beim Bürgerfest zum Landesjubiläum erleben können. Die Verantwortung zeige sich im Füreinandereinstehen und in der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. „Sie prägen unser Leben mehr als alle andere. Nordrhein-Westfalen ist das Land, in dem Freiheit und Solidarität auch im Lebensgefühl der Menschen untrennbar zusammengehören.“

Dabei sei die Mitarbeit der jungen Generation besonders wichtig. Um der jungen Generation in den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas die parlamentarische Demokratie näher zu bringen, kündigte die Landtagspräsidentin ein vom Landtag finanziertes Stipendien-Programm in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf an. Es werde den Namen eines Politiker tragen, der 40 Jahre Abgeordneter war und den Landtag stets als zentralen Ort seines politischen Wirkens bezeichnet habe: Johannes Rau. An seine Witwe gewandt sagte van Dinter: „Verehrte Frau Christina Rau, ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihr Einverständnis zu diesem Stipendien-Programm. Es wird damit bleibend und gestaltend an Johannes Rau erinnern.“

Die Landtagspräsidentin schloss mit den Worten: „Lassen Sie uns weiterhin mit Freude das Zusammenleben in Nordrhein-Westfalen gestalten! Hierzu wünsche ich allen Mut, Zuversicht und Gottes Segen!“



Nichts ererbt, alles erarbeitet

„Liebeserklärung“ des Ministerpräsidenten an Nordrhein-Westfalen

Was ist das Besondere an Nordrhein-Westfalen? Ministerpräsident Jürgen Rüttgers begab sich in seiner Festrede auf die Suche nach Antworten auf diese Frage – und wurde dutzendfach fündig.

Zum 60. Geburtstag fallen Liebeserklärungen nicht mehr so pathetisch und stürmisch aus wie in jüngeren Jahren“, stellte Rüttgers fest. Und trotzdem gab er seine „persönliche Liebeserklärung“ an das Land Nordrhein-Westfalen und seine Bürgerinnen und Bürger ab: „Ich mag die Menschen mit ihrer direkten, schnörkellosen Art, mit ihrer Bereitschaft für alles Neue, mit ihrem Sinn für das Schöne im Leben, mit ihrem wachen Geist, mit ihren weiten Herzen und mit ihren festen Händen, mit ihren Ideen, mit ihrem Geist und ihrem Witz, mit ihren Fähigkeiten und Talenten, mit ihrer Zuversicht, ihrem Gottvertrauen und ihrer Bescheidenheit, mit ihrer Beharrlichkeit und mit ihrem Willen zum Aufstieg, mit ihrem gesunden Empfinden für Gerechtigkeit und Fairness und mit ihrer Offenheit für die Zukunft, die uns aus den Gesichtern unserer Kinder entgegenstrahlt.“

Weiter lobte er das Zusammengehörigkeitsgefühl und das „Landesbewusstsein“ in NRW: „Wir bleiben Rheinländer, Westfalen und Lipper – aber wir sind gleichzeitig Nordrhein-Westfalen, Deutsche und Europäer.“ Möglich mache dies die Haltung der Menschen – „weltoffen und zugleich heimatverbunden“.

Nordrhein-Westfalen sei nur scheinbar ein beiläufig entstandenes Stück Weltgeschichte. „Hier, in den Städten am Rhein und in Westfalen, entfaltete sich der Geist des freien Bürgertums, der Geist von Selbstbestimmung und Selbstverantwortung.“ Die Ablehnung von Obrigkeitsstaat und Zentralismus und das Bekenntnis zur Freiheit habe hierzulande eine lange Tradition. Rüttgers: „Unsere Identität gründete zu keiner Zeit auf mehr Geld, mehr Macht und mehr Waffen, sondern sie gründete auf einem Mehr an Menschlichkeit.“

Mit seinen 18 Millionen Menschen gehöre NRW heute zu den wirtschaftlich stärksten Ländern in Europa. Innerhalb Deutschlands nehme das Land als Standort für Dienstleistungen, Medien, Energie, Chemie, Versicherungen und als Sportland zudem eine Führungsposition ein. „Aber obwohl wir aufgestiegen sind, sind wir doch nicht abgehoben“, sagte Rüttgers. In Zukunft gehe es nun darum, auch noch „Innovationsland Nr. 1“ zu werden.

Gleichzeitig hob Rüttgers den Stellenwert Nordrhein-Westfalens als eine der „größten und bedeutendsten Kulturregionen der Welt“ hervor. Allein das Ruhrgebiet mit seinen mehr als 200 Museen, 100 Kulturzentren, 100 Konzerthäusern, 120 Theatern, 250 Festivals und Festen sowie 3.500 Industriedenkmalspielen „in derselben Liga wie London und Paris“. Dabei sei NRW nie „ein Land der Schlösser, der Dynastien, der Junker und Großgrundbesitzer“ sondern ein Land der Arbeiter und Bürger gewesen. „Wir haben nichts ererbt, sondern alles erarbeitet“, konstatierte Rüttgers.

Ins Zentrum seiner Rede stellte Rüttgers die Integrationskraft des Landes: Beweis dafür sei die Integration von vier Millionen Menschen, die allein zwischen 1870 und 1950 ins Ruhrgebiet eingewandert sind. „Wir grenzen nicht aus – wir reichen die Hände; wir machen aus Fremden Freunde – weil sie dann nicht mehr fremd sind“, so der Ministerpräsident.

Darüber hinaus erfülle es ihn mit Stolz, dass trotz der traumatischen Erfahrungen zu Zeiten der Nazi-Barbarei heutzutage jüdische Zuwanderer aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion wieder verstärkt in Nordrhein-Westfalen eine Heimat fänden. Wegbereiter für diese Wiederannäherung und die Aussöhnung mit Israel seien Johannes Rau



Fotos: Schälte

und Paul Spiegel gewesen, deren Engagement er ausdrücklich lobte. Diese Tradition wolle man fortführen: In Kürze werde NRW daher einen neuen Staatsvertrag mit den jüdischen Landesverbänden unterzeichnen und die finanziellen Leistungen für die 19 jüdischen Gemeinden erhöhen.

Gleichzeitig mahnte Rüttgers, das integrative Engagement auch künftig nicht abebben zu lassen: „Integration ist eine unserer großen Zukunftsaufgaben.“ Das gelte für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ebenso wie für Langzeitarbeitslose, „die man jetzt ‚Unterschicht‘ nennt“, und vor allem für Kinder, die in Armut aufwachsen. „Wir dürfen die Spaltung unserer Gesellschaft nicht zulassen.“

Rüttgers schloss mit dem Appell: „Tun wir alles, damit Nordrhein-Westfalen auch künftig das Land von Freiheit und Gerechtigkeit, von Aufstieg und Sicherheit, von Miteinander und Füreinander ist. Glück auf!“



Wohl gefühlt in NRW

Bundeskanzlerin Angela Merkel rühmt die Rolle des Landes

Begrüßt am roten Teppich von Landtagspräsidentin Regina van Dinther, entstieg die Bundeskanzlerin gut gelaunt ihrem Wagen. Unter Beifall betrat sie die Tonhalle am Rheinufer und nahm in der ersten Reihe Platz, zwischen Regierungschef Jürgen Rüttgers und Regina van Dinther. Sie brachte an diesem Festabend nicht nur gute Laune, sondern auch Humor mit. Angela Merkel gelang es in ihrer Rede den Bogen vom „Wunder von Bern“ zum Wirtschaftswunder zu schlagen – an beiden Wundern hatte Nordrhein-Westfalen, wie die Kanzlerin ausführte, erheblichen Anteil.



Sie in Nordrhein-Westfalen, Sie sind ein starkes Stück Deutschland!“ Mit diesem Kompliment beendete Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Rede. Soll man sagen: vor vertrauter Kulisse? Immerhin hat die politisch mächtigste Frau Deutschlands fast neun Jahre als Ministerin in Bonn gearbeitet. Diese Zeit hat ihre Spuren hinterlassen: „Mich verbindet mehr mit diesem Land, als ich mir erträumt habe“, bekannte sie am Rednerpult in der Düsseldorfer Tonhalle. Und setzte noch eins drauf: „Ich habe mich hier immer wohl gefühlt.“ Um im Rest der Republik keinen Neid aufkommen zu lassen, beilte sie sich hinzuzufügen, dass sie den anderen 60 Millionen Deutschen gratuliere, „die es auch noch gibt“.

Nordrhein-Westfalen sei wirtschaftlich und politisch eine Erfolgsgeschichte. „Hier schlägt

das Herz der Republik, sagen manche“, fuhr sie fort. NRW und der Bund waren und seien in Zukunft eng verknüpft. Das Land sei ein Beispiel für starke und selbstbewusste Bundesländer, die eine wichtige Rolle als Impulsgeber für die Entwicklung Deutschlands spielten. Sie verweilte noch ein wenig beim Föderalismusgedanken, dem sie das Verdienst zusprach, zur demokratischen Stabilität in Deutschland beigetragen zu haben. Sie sei überzeugt, dass „die Akzeptanz von politischen Entscheidungen in den vergangenen 60 Jahren ohne die Existenz der Länder nicht denkbar ist“. Mit der Föderalismusreform hätten die Bundesländer wieder wichtige Entscheidungsmöglichkeiten zurückbekommen. Nun müssten in einem zweiten Schritt die Finanzbeziehungen klarer geregelt werden. Zentralistischen Tendenzen erteilte

Merkel eine Absage: Entscheidungen müssten so nah wie möglich bei den Menschen bleiben.

Eine Erfolgsgeschichte sei Nordrhein-Westfalen auch personell. Es gebe maßgeblichen Einfluss vieler Persönlichkeiten aus NRW auf die Bundespolitik. Allein vier Bundespräsidenten stammten aus dem Land: Lübke, Heinmann, Scheel und Rau. Augenzwinkernd: „Und Helmut Rahn, der 1954 mit dem 3:2 das Wunder von Bern besiegelte, kam aus Essen!“ Die Halle applaudierte enthusiastisch.

Dann wandte sich die Kanzlerin der Rolle Großbritanniens zu. Die Gründung Nordrhein-Westfalens sei eine weitsichtige Entscheidung der britischen Militärverwaltung gewesen. Sie blickte dabei in Richtung der Herzogin von Gloucester, die in der ersten Reihe saß: „Herzlichen Dank für die Gründung des Landes und die Partnerschaft.“

„Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Vielfalt im besten Sinne.“ Integration sei neben der Fähigkeit zum Wandel eine der herausragenden Eigenschaften, der „Aktionsplan Integration“ sei ein wichtiger Schritt zum Integrationskonzept für ganz Deutschland, sagte die Bundeskanzlerin: „Integration kommt auf die Tagesordnung“, kündigte sie an. NRW beweise immer wieder, wie viel Integrationskraft in diesem Land stecke.

Nach ihrer Rede hatte Angela Merkel noch Zeit, für einen Fototermin mit den Journalisten. Junge Leute aus Hattingen, Ratingen und Solingen, die im Chor und zusammen mit Bariton Sebastian Klein und den Düsseldorfer Synchronisten das NRW-Lied („Oh, du schönes Nordrhein-Westfalen“) gesungen hatten, nahmen zum Erinnerungsbild die Kanzlerin in ihre Mitte.



Glück auf, Glückwunsch, alles Gute!

Finanzminister Steinbrück würdigt das Land und seine Menschen

Wer den respektvollen Umgang der beiden miteinander am Tag des Wechsels miterlebt, wer die Geste gesehen hat, wie der neue dem alten Ministerpräsidenten dankte und ihm zum Amtswechsel einen Blumenstrauß überreichte, der vermochte nachzuvollziehen, wer beim Festakt auch das Wort ergreifen würde: Peer Steinbrück (SPD), Finanzminister der Großen Koalition in Berlin, als NRW-Regierungschef, Vorgänger des jetzigen Amtsinhabers Jürgen Rüttgers (CDU).

Der aus Norddeutschland stammende Steinbrück stimmte ebenfalls das Loblied auf die Menschen im Land an. Wenn man ihn frage, „was für mich Nordrhein-Westfalen ausmacht, dann lautet meine erste Antwort: Das sind die Menschen, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes“. Sie hätten in dem „Bündel-Land“ ein immer stärkeres Wir-in-Nordrhein-Westfalen-Gefühl entwickelt. „Wir in Nordrhein-Westfalen leben gern hier, weil unser Land lebenswert ist, ohne Muff und ohne Mief, tolerant und weltoffen.“ Die Menschen gingen auf direkte Art miteinander um, „ohne viel Aufhebens, aber mit beinahe selbstverständlicher Solidarität“.

Das Land habe mit gewichtigen Problemen zu kämpfen – Steinbrück nannte aus letzter Zeit die in Schwierigkeiten geratenen BenQ-Standorte Bocholt und Kamp-Lintfort. Die Schwierigkeiten und der daraus erwachsende Anpassungsdruck führten zu Verlierer- und Verlustängsten. Aber NRW sei auch ein Land, „das Dank seiner Menschen Herausforderungen in einer Dimension und Tiefe bewältigt hat, die kaum ein anderes Land in Europa, kaum eine vergleichbare andere klassische Industrie-region bewältigen muss oder bereits gut bewältigt hat“. Beim Strukturwandel im Ruhrgebiet sei sicher nicht alles, aber doch vieles gelungen: „Und daran haben viele Menschen ihren ganz besonderen Anteil. Sie haben dazu beigetragen, dass in diesem Land soziale Zerreißproben und Erschütterungen vermieden werden konnten.“

Bei seinen Reisen durchs Land und bei seinen Gesprächen mit den Menschen habe er, Steinbrück, eine Kombination aus Verantwortungsbewusstsein für das Ganze und aus persönlicher Integrität kennen gelernt, „die sprichwörtlich für dieses Land Nordrhein-Westfalen ist und aus der es bis heute viel Kraft bezieht. Es ist dieses Ge-

meinschaftsgefühl, diese Mischung aus Realismus und Veränderungsbereitschaft, Zupacken und Lebensfreude, Lokalpatriotismus und Toleranz, die Nordrhein-Westfalen für mich ausmacht.“

Aber es seien auch die „sozialen Fliehkräfte“ anzusprechen, etwa zwischen Einheimischen und Zugewanderten oder zwischen Menschen, die Arbeit haben und Erwerbslosen. Da stelle sich die Frage nach dem Zusammenhalt der Gesellschaft. Politik müsse sich stark engagieren, aber sie könne nicht alles bewirken. Sie brauche eine Zivilgesellschaft, die soziale Verantwortung übernimmt, „also Millionen von Bürgerinnen und Bürgern, die sich ehrenamtlich engagieren“ – und so ihren persönlichen Beitrag zum Zusammenhalt des Landes leisteten.

NRW sei schon lange vor seiner Gründung ein Einwanderungsland gewesen. Seit 150 Jahren finde hier Integration statt, mit ihren Chan-

cen und Spannungen. „Auch in der Frage, wie erfolgreiche Integration gelingen kann, hat Nordrhein-Westfalen anderen Ländern wichtige Erfahrungen und wichtige politische Schritte voraus“, betonte Steinbrück und erinnerte an das Politikverständnis von Johannes Rau, miteinander ins Gespräch zu kommen und gemeinsam zu handeln aus gemeinsamer Verantwortung. So habe das Land eine gute Zukunft.

„Es kommt auf die Menschen an, und wir wissen: Es kommt viel auf sie zu, was mit den Stichworten Globalisierung, Modernisierung oder Reformen nur unzureichend, vielleicht missverständlich und mit einem für viele doch eher bedrohlichen Unterton beschrieben wäre“, blickte der Gastredner voraus: „Alle, denen die Zukunft Nordrhein-Westfalens am Herzen liegt – Staat und Politik voran –, stehen in der Verantwortung, die Menschen in die Lage zu versetzen, Neues nicht nur zu erdulden, sondern sie zu befähigen, die Chancen der Veränderung zu nutzen, so schwierig das oft ist.“

Damit das gelingen könne, gebe es zwei Schlüsselbegriffe: Bildung und Solidarität. Bildung für alle sei ein Ziel, für das sich alle Mühe lohne. Solidarität schließlich habe in NRW viele Formen und Gesichter. „Solidarität hat bei uns in Nordrhein-Westfalen Tradition. Und mehr als das: Sie ist Wirklichkeit.“ Der Minister: „Glück auf, herzlichen Glückwunsch und alles Gute, Nordrhein-Westfalen!“



Die Queen ließ Grüße ausrichten

Herzogin von Gloucester: Enge Bande zwischen England und NRW

Die Cousine überbrachte die Glückwünsche: Birgitte Herzogin von Gloucester grüßte im Namen der englischen Queen Elizabeth II. und richtete die guten Wünsche der Königin zur Zukunft des Landes aus. Es sei ihr ein „großes Vergnügen und eine hohe Ehre“, das Vereinigte Königreich bei diesem besonderen Jubiläum zu repräsentieren, begann Her Royal Highness die Rede.

Die Herzogin dankte für die Worte von „Chancellor Merkel“ zur Rolle der Briten bei der Gründung von Nordrhein-Westfalen. Das Vereinigte Königreich habe eine

besonders enge Verbindung mit diesem Teil Deutschlands gehabt, sagte die Herzogin und erinnerte an den Beitrag britischer Ingenieure an der frühen Entwicklung des Ruhrgebiets.



Musikalischer Salut vor Königlicher Hoheit: Herzogin von Gloucester (l.).

Dieser gegenseitige Austausch von Technik und Wissen bestimme noch heute die Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich, Nordrhein-Westfalen und ganz Deutschland.

Nach dem Krieg waren in der britischen Zone in Deutschland zwei Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aufzunehmen. Es gab die schwersten Kriegszerstörungen und das wieder-

um stellte das Nachkriegsbritannien finanziell vor eine riesige Herausforderung, bekannte die Herzogin. Aber es sei in beiderseitigem Interesse gewesen, aus diesen Zonen so schnell wie möglich demokratische und wirtschaftlich prosperierende Regionen zu bilden.

Mit Erfolg: „North Rhine-Westphalia soon became the powerhouse of the German economic miracle.“ Bis heute leiste das Land den größten Beitrag zum deutschen Bruttoinlandsprodukt. Die persönlichen Beziehungen seien eng, es gebe derzeit rund 140 nordrhein-westfälisch-britische Städtepartnerschaften. In der Stadt Köln stellten die Briten die größte ausländische Besuchergruppe. Es seien noch immer 20.000 britische Soldaten stationiert. 300 britische Firmen investierten hier und hätten damit an die 50.000 Arbeitsplätze geschaffen.

Der Besuch der Königin vor zwei Jahren sei der deutlichste Beweis für die engen Beziehungen. Auf Deutsch schloss die Herzogin: „Dankeschön und alles Gute in der Zukunft!“

Per Aktennotiz zur Hauptstadt geworden

OB Erwin: Stadt und Land feiern heute Diamantene Hochzeit

Als oberster Repräsentant der Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger (sowie als Hausherr der Tonhalle) unternahm es Oberbürgermeister Joachim Erwin, die Rolle Düsseldorfs als Landeshauptstadt zu beleuchten („Zug- und Paradedpferd des Landes“) und zugleich des größten Sohnes der Stadt, des „Querdenkers“ Heinrich Heine, zu gedenken. Das Land ist in diesen Wochen 60 geworden, der Dichter vor 150 Jahren im fernen Paris gestorben.

Die Stadt Düsseldorf ist sehr schön. Ich bin dort geboren und es ist mir, als müsste ich gleich nach Hause gehen – dieses Zitat aus den Reisebildern Heines wertete der OB als Beweis für die Selbstgewissheit des Poeten. Erwin weiter: „Ganz im Gestus des großen Sohnes der Stadt wuchs Düsseldorf in schwierigen Zeiten ungemein schnell und selbstsicher in seine Rolle als Landeshauptstadt hinein.“

Heute sei Düsseldorf wirtschaftlich stark und kulturell auf höchstem Niveau; die ganze Welt fühle sich in der traditionsgebundenen Stadt am Rhein wohl. All das schaffe die Stadt „mit einer Leichtigkeit, der man die Anstrengung nicht ansieht“.

Dabei seien die Anfänge alles andere als leicht und vielversprechend gewesen: „Per Dekret hatte die britische Regierung eine

bunte Mischung von Landsmannschaften zusammengepackt, als sie das neue Land NRW aus der Taufe hob.“ Diese Operation habe den sprechenden Namen „Marriage“ (Hochzeit) geführt. Erwin: „Unter dessen ist aus der unromantisch herbeigeführten Verbindung eine liebenswerte und leistungsstarke Familie geworden.“

Per Aktennotiz sei Düsseldorf „en passant“ zur Landeshauptstadt gemacht worden. „Beschlossen und gut heißen“, beschied der Redner, um gleich an ein altes Versäumnis zu erinnern: „Offiziell wurde

die Stadt nie von ihrer Ernennung zur Landeshauptstadt unterrichtet“.

Damit ließ es der Oberbürgermeister am Ende seiner Ansprache aber nicht bewenden. Ein wenig schien er sich zu wundern: „Wer hätte das gedacht – Stadt und Land feiern heute stolz und froh Diamantene Hochzeit! Herzlichen Glückwunsch!“



Gastgeber, Gast und Hausherr: Bundeskanzlerin Merkel, Präsidentin van Dintther, Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und OB Joachim Erwin (v.r.).

Stolperstein aus dem Weg geräumt

CDU verzichtet auf Großen Lauschangriff für Verfassungsschutz

Die Landesregierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf (Drs. 14/2211) vorgelegt, der den Verfassungsschutz in die Lage versetzen soll, seine erweiterten Befugnisse über den 1. Januar 2007 hinaus auszuüben. Diese waren ihm Ende 2002 unter dem Eindruck der Anschläge in den USA vom Gesetzgeber eingeräumt und bis Ende dieses Jahres befristet worden.

Diese Befugnisse bestanden im Wesentlichen in zusätzlichen Auskunftsrechten, verlängerten Speicherfristen und dem Einsatz eines Gerätes, mit dem sich Geräte- und Kartennummer von Mobiltelefonen ermitteln lassen. Ziel war seinerzeit die bessere Aufklärung von länderübergreifenden logistischen Verknüpfungen und operativen Strukturen des internationalen Terrorismus.

Die Spitze des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes hat unterdessen das Gesetz evaluiert und ist der Meinung, dass dieses für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus wertvolle Instrumentarium, von dem man „maßvoll“ Gebrauch gemacht habe, weiterhin zur Verfügung stehen sollte. Es sei auch auf das neue Phänomen des „home-grown-Terrorismus“, also terroristischer Aktivitäten scheinbar integrierter Täter, anzuwenden. Dazu sollte der Verfassungsschutz über die schon mögliche Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs ermächtigt werden, auch das Internet zu beobachten und dabei heimlich auf informationstechnische Systeme zuzugreifen.

Zu diesem Gesetzentwurf, der zwischen Koalition und Opposition stark umstritten ist („Staatlicher Hausfriedensbruch“, meinte dazu im Vorfeld der SPD-Abgeordnete Dr. Karsten Rudolph), hat der Hauptausschuss unter Leitung von Werner Jostmeier (CDU) eine Anhörung durchgeführt. Eingeladen waren der theoretische und praktische Sachverständige: Rechtswissenschaftler, Vertreter des Verfassungsschutzes, der Polizei und die Landesdatenschutzbeauftragte.

Die Stellungnahmen der Rechtsprofessoren boten kein einheitliches Bild. Während der eine im „Hacken“ der Verfassungsschützer einen schweren Grundrechtseingriff zu erkennen glaubte und in der „Kumulation der Überwachungsmethoden und Rundum-Observation“ einen

Verstoß gegen die Menschenwürde sah, meinte ein Verfechter der Gegenposition, es gehe um die Verhinderung schwerster Straftaten gegen den Staat. Der sei zur Risikominderung verpflichtet: Wer dem Staat präventive Mittel nehmen wolle, der laufe Gefahr, ihn wehrlos zu machen.

Bedenken, wenn nicht Einwände, äußerten Sachverständige zur Möglichkeit des Großen Lauschangriffs, der dem Verfassungsschutz eingeräumt werden soll. Manche urteilten, die Leitlinien des Bundesverfassungsgerichts zum Großen Lauschangriff seien in der Formulierung des Gesetzes nicht gewahrt, andere vertraten die Auffassung, der vom obersten Gericht geforderte Schutz des Kernbereichs individueller Lebensgestaltung, der vor staatlichem Eingriff zu bewahren sei, greife hier gar nicht. „Hat damit die Planung terroristischer Angriffe etwas zu tun“, fragte einer der Experten und antwortete: „Nein!“

Grundsätzlich begrüße man den Gesetzentwurf der Landesregierung, meinte der Vertreter der Polizeigewerkschaft GdP. Als fachlich notwendig lobte der Sprecher des Bundesamtes für Verfassungsschutz den nordrhein-westfälischen Gesetzentwurf. Der Text liefere in angemessener Weise den Ausgleich zwischen den Freiheitsrechten der Bürger und dem Sicherheitsinteresse des Staates. Es sollte im Internet keine unzugänglichen Verstecke geben. Wenn ein Verdächtiger ins Internet gehe, dann verlasse er den geschützten privaten Kernbereich und trete aus seiner Intimsphäre heraus. Da war die NRW-Datenschützerin ganz anderer Meinung: Durch den Zugriff auf das System sei der Schutzbereich berührt, ihrer Meinung auch verletzt.

Die anschließende Fragerunde zwischen Abgeordneten und Sachverständigen lief wie gewohnt ab. Nicht unerwartet stieß die eigens als provozierend charakterisierte Frage eines Sachverständigen „Brauchen wir diese informationell hochgerüstete Stasi neuer Art?“ auf herbe kritische Resonanz bei der CDU-Fraktion. Deren Sprecher Peter Biesenbach überraschte am Ende mit dem Vorschlag, im Gesetzentwurf könne man, wenn die Standpunkte so weit auseinander lägen, auf die Regelung des Großen Lauschangriffs verzichten. SPD und Grünen kam das gelegen: Sie sehen in der

Möglichkeit der akustischen Raumüberwachung durch den Verfassungsschutz das größte Hindernis für einen verfassungskonformen Gesetzestext. JK



Dem Informationsaustausch und der Pflege gut-nachbarlicher Beziehungen diente die Stippvisite, die Abgeordnete der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments im Rahmen ihres NRW-Besuchs dem Hauptausschuss bei anderer Gelegenheit abstatteten. Es wurde dabei verabredet, die Kontakte zwischen Den Haag und Düsseldorf, die auf Regierungsebene bereits gut laufen, auch zwischen den beiden Parlamenten zu verstetigen. Unser Bild zeigt die Begrüßung des niederländischen Delegationsleiters Bart van Winsen (r.) durch den Ausschussvorsitzenden Werner Jostmeier (l.). Foto: Schälte

Zuwanderer sind willkommen

Aktionsplan Integration soll Migranten die Eingliederung erleichtern

Termin im Bundeskanzleramt: Vor kurzem haben die Migrantenorganisationen dort mit der Politik über die Themen diskutiert, die ihnen am Herzen liegen. Dieser „Islamgipfel“ sei schon etwas Besonderes gewesen, fand Integrationsminister Armin Laschet (CDU). Im Ausschuss für Generationen, Familie und Integration (Vorsitz: Andrea Milz, CDU) berichtete er über diesen Integrationsgipfel und stellte zugleich den „Aktionsplan Integration“ der Landesregierung vor.

Mehrere Ministerpräsidenten, Migranten aus den Bundesländern – beim Aktionsgipfel seien endlich alle Akteure an einem Tisch zusammengekommen, sagte der Minister. „Das Signal war, dass Zuwanderer uns willkommen sind.“ Allerdings wandte er ein: „Die Zuständigkeit für die Integrationspolitik liegt nicht bei der Bundespolitik, sondern beim Land.“ Dort liefen schließlich die Probleme der Kommunen und der Schulen zusammen.

Um diesen Aufgaben noch besser nachzukommen, hat die Landesregierung den „Aktionsplan Integration“ entworfen, mit dessen Hilfe die Bildung von Parallelgesellschaften verhindert werden soll. Besonders wichtig ist dabei für die Betroffenen das Beherrschen der deutschen Sprache. Bereits vor der Einschulung soll das Sprachniveau der Jüngsten getestet und im Bedarfsfall bis zum Schulbeginn individuell gefördert werden, betonte Laschet.

Besonders viel verspricht sich der Minister auch von der Ausweitung der Ganztagsbetreuung. „Wir weiten den Ganztagsbetrieb auf 100 Hauptschulen aus.“ Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die nach dem Abschluss Probleme haben, einen Arbeitsplatz zu finden, hilft die Initiative „14+“, die ab diesem Schuljahr in

Aachen, Gelsenkirchen und Münster an den Start geht. „Junge Leute mit Zuwanderungshintergrund werden mit dem Handwerk zusammengebracht“, erklärte Laschet. Schließlich werde das Handwerk bald händeringend Nachwuchs suchen. „Das ist die Chance für Migranten.“

Eine besondere Stellung innerhalb des Aktionsplans kommt dem islamischen Religionsunterricht zu. Die Landesregierung bemüht sich weiter um den Dialog mit den Islamverbänden und ist zuversichtlich, die Gratwanderung zwischen dem Respekt gegenüber religiösen Gefühlen und der Freiheit des Worts zu meistern. „Man darf den Islam auch kritisch sehen“, sagte der Minister an die Adresse der Kritiker von Papst Benedikts Regensburger Vorlesung. „Ansonsten gehen wir einer Zukunft entgegen, in der man nichts mehr sagen darf, ohne einen Aufstand in der arabischen Welt auszulösen.“ Wichtige Brückenbauer sollen Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund sein. „Wir werden im Frühjahr ein entsprechendes Förderkonzept vorlegen.“ Drängend ist die Frage von Einbürgerungs- und Bleiberechtsregelungen. „Die Innenministerkonferenz erarbeitet eine einheitliche Regelung.“ Vorgesehen seien in NRW aber keine Gesinnungstests oder Fragebögen.

„Es ist ein großer Verdienst unseres Innenministers, dass er das Thema Bleiberecht im Bundesrat zur Sprache gebracht hat“, lobte Laschet seinen Kollegen Dr. Ingo Wolf (FDP), der eine Bleiberechtsregelung für eigentlich ausreisepflichtige Asylbewerber und Flüchtlinge fordert, wenn sie sich gut integriert haben. Darin liege der große Unterschied zu seinem Vorgänger, sagte der Integrationsminister, und erntete für diese Äußerung heftigen Widerspruch von Monika Düker (GRÜNE). „Fritz Behrens hat zehn Jahre lang gepredigt, dass man eine Lösung finden muss“, erinnerte die Abgeordnete. „Die CDU hat ihn blockiert!“

Die Integrationspolitik verlaufe dieser Tage weitaus zielgerichteter und zügiger als in der Vergangenheit, gab Michael Solf (CDU) die Kritik zurück. „Die Grünen haben damals durchaus brauchbare Ansätze gezeigt, die SPD hat sie dann allerdings abgewürgt.“ Jetzt gelte nicht nur in der Integrationspolitik: „Wir im Westen sind die besten.“ Man sei aber gerne zum interfraktionellen Konsens bereit. „Diesem Konsens würde etwas weniger Eigenlob aus den Reihen der CDU sehr weiterhelfen“, kommentierte dies Wolfgang Jörg (SPD).

„Sind beim Kommunalwahlrecht Änderungen vorgesehen“, wollte seine Kollegin Angela Tillmann (SPD) wissen. Es sei ein Anliegen der Migranten, an ihrem Wohnort politisch aktiv werden zu können. Derzeit dürfen nur EU-Bürger das kommunale Parlament mitbestimmen. Minister Laschet entgegnete, seiner Meinung nach sei es sinnvoller, den Weg über eine erleichterte Einbürgerung sowie über eine Stärkung der Migrantenselbstorganisationen zu gehen. YV

Kranzniederlegung



... an der Stätte des Grauens: Wo die Nazis nach dem Überfall auf die Sowjetunion 80.000 deutsche und europäische Juden umgebracht haben, legten bei ihrem Besuch in Minsk/Weißrussland Werner Jostmeier (v.) und Dr. Karsten Rudolph (h.) im jüdischen Ghetto ein Blumengebinde in den nordrhein-westfälischen Landesfarben nieder.

Dieser Kubus hat es in sich. Durch seine Wände läuft in einem Rohrsystem warmes Wasser aus einem alten Bergwerksstollen. Die neue Zollverein School of Design verfügt damit über ein umweltschonendes, günstiges und verlässliches Heizsystem. Foto: Theobald

Wärme, die aus der Tiefe kommt

Ausschuss informiert sich über Chancen der Geothermie in NRW

Energie aus dem Innern der Erde. Nach Solar- und Windenergie erlebt derzeit die so genannte Erdwärme (Geothermie) zumindest einen Aufmerksamkeits-Boom. Auf Antrag der SPD (Drs. 14/695) beschäftigte sich jetzt der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU) mit den „neuen Perspektiven für NRW“. Bei einer Anhörung erläuterten Experten den aktuellen Stand der Technik, Chancen aber auch die Schwierigkeiten, die Geothermie weiter voranzubringen.

In den Köpfen der Fachpolitiker – so der Eindruck eines mehrstündigen, munteren Frage-Antwort-Spiels – jedenfalls spielt die Wärme, die aus der Tiefe kommt, bereits heute eine wichtige Rolle im Reigen der regenerativen Energien. Zu Recht: Faktisch eignen sich 70 Prozent der Flächen in NRW für eine geothermische Nutzung, erläuterte Ingo Schäfer vom geologischen Dienst NRW. Der hat in den letzten Jahren übrigens alle relevanten Daten erhoben, kann jedem Häuslebauer genau sagen, wie es unter seiner Scholle aussieht.

Erdwärmennutzung erfordert ganz individuelle Lösungen und bringt für den Installateur einen hohen Aufwand mit sich. So zumindest versuchten die beiden Praktiker Michael Würtele und Wolfgang Hausmann die Zurückhaltung vieler Heizungsbautechniker zu erklären. Nachbesserungsbedarf sahen sie am ehesten im Bereich der Ausbildung. Die Technik jedenfalls sei ausgereift; daran wollten sie keine Bedenken aufkommen lassen. Und sie rechne sich: „Wann, ist von Standort zu Standort verschieden: Bei einem Neubau frühestens in sieben bis neun Jahren – je nach System“, prognostizierte Hausmann. Schließlich stünden den relativ hohen Investitionskosten exorbitant niedrige Betriebskosten gegenüber. Eine Luftwärmepumpe für ein 170 Quadratmeter großes Einfamilienhaus kostet rund 25.000 Euro.

Eine Investition, die immer mehr Bauherren machen. Seit etwa zwei Jahren erlebe die

Geothermie einen Boom. Leider mache sich das bereits jetzt bei den Bohrpreisen bemerkbar. Hier, so die Einschätzung der Experten, gebe es zu wenig Fachleute. Außerdem sehen sie einen erheblichen Entwicklungsbedarf bei der Bohrtechnik. Für Altbaubesitzer lohnt sich der Umstieg auf Erdwärme derzeit übrigens nur dann, wenn sie gleichzeitig umfangreiche Umbaumaßnahmen an den eigenen vier Wänden vornehmen wollen. Und auch bei Bohrtiefen jenseits von 400 Metern sei für den Einzelnutzer die Wirtschaftlichkeit von oberflächennaher Geothermie erreicht. Dabei eignet sich diese Form der Wärmegewinnung durchaus auch für Großprojekte: In Bottrop wurde erstmals in Nordrhein-Westfalen ein ganzes Baugebiet mit 650 Wohneinheiten ausschließlich mit Erdwärme versorgt.

VORBILD SCHWEIZ

„Das System in Deutschland ist stark leistungsgeprägt. Nahezu überall herrschen Gas und Öl vor“, erläuterte Gerd Max von der Energieagentur, warum Erdwärme in NRW nicht so verbreitet ist wie beispielsweise in der Schweiz. Gerade große Einheiten wie die in Bottrop seien da schwieriger zu verwirklichen. Der Wunsch der Experten an die Politik: Optimierung der rechtlichen Rahmenbedingungen

und eine strukturelle Förderung insbesondere von Forschung und im Technologie-Marketing.

Über eine andere Form von Erdwärmennutzung konnte Ernst-Günter Weiß, Bergbau fachmann von der Bezirksregierung Arnsberg, berichten: Im Gegensatz zur oberflächennahen Geothermie, die im Zweifel kurz unter der Grasnabe stattfindet, bohrt sich die Tiefengeothermie gleich mehrere Kilometer in die Erde. In Arnsberg sollen es am Ende 2,9 Kilometer werden, für die Energieversorgung ihres Service-Centers „Super C“ will die RWTH Aachen immerhin 2.500 Meter tief bohren. Eine gigantische Investition, die sich im Fall Arnsberg innerhalb von 13 Jahren rechnen soll. Nicht erfüllen wird sich laut Professor Bracke vom Geothermie-Zentrum Bochum die Hoffnung, Tiefengeothermie in NRW auch zur Stromversorgung nutzen zu können. Hierzu benötige man zurzeit Gebirgstemperaturen von 130 Grad Celsius. In NRW müsste man dafür fast 5.000 Meter tief bohren.

Spannender hingegen sei in diesem Kontext das Thema Bergbau. Schließlich gleicht das Ruhrgebiet unter der Erde einem Schweizer Käse. Hier, so Bracke, sei bisher in NRW im Gegensatz zu beispielsweise Schottland noch nicht viel passiert. Eine Ausnahme sei jedoch die Zeche Zollverein. Die dortige Designschule wird mit 40 Grad warmen Grubenwasser beheizt.

vok

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 27. November 2006 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

In NRW wird es keine gesetzliche Verpflichtung geben, Rauchmelder in Wohnräume einzubauen. Dies beschloss jetzt der **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD), wobei die Koalitionsmehrheit von CDU und FDP den Antrag der Grünen zum „Rauchwarnmelder-Bonus in der Gebäudeversicherung“ (Drs. 14/1026) ebenso ablehnte wie den SPD-Antrag „Rauchmelder in Wohnräumen – Die Landesbauordnung zum Schutz von Menschenleben ändern“ (Drs. 14/2479). CDU und FDP wiesen darauf hin, dass man mit freiwilliger Überzeugungsarbeit mehr erreiche als durch Zwang, wie die positiven Beispiele in der Praxis zeigten. So wurde ein entsprechender Entschließungsantrag der Koalition angenommen (Drs. 14/1081), der wiederum nicht die Zustimmung der Opposition fand.

+++

Über die interkulturelle Öffnung von Schulen diskutierte der **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** (Vorsitz Andrea Milz, CDU): Hintergrund war ein Antrag der GRÜNE-Fraktion (Drs. 14/2408) mit dem Ziel, mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund an den Schulen in NRW zu beschäftigen. Einig waren sich alle Fraktionen darüber, dass diese eine wichtige Mittlerfunktion in der Gesellschaft übernehmen können. Zurzeit machen Lehrer ausländischer Herkunft aber nur einen Anteil von etwa 0,75 Prozent aus. Aus dem Schulministerium hieß es dazu, dass es nach dem bestehenden Beamtenrecht bereits jetzt möglich sei, Nichtdeutsche und Nicht-EU-Bürger im Schuldienst zu beschäftigen. Das Problem sei kein rechtliches, sondern vielmehr die geringe Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern.

Vor den Folgen stark steigender Energiepreise besonders für einkommensschwache Privathaushalte warnten zahlreiche Experten, die im Rahmen einer Sachverständigenanhörung der **Enquetekommission I** (Vorsitz Reiner Priggen, GRÜNE) Ende Oktober im Landtag zu Wort kamen. Der Verzicht auf Urlaub oder die Einschränkung von Freizeitaktivitäten sei als Folge hoher Energiekosten für viele Haushalte längst Realität. Nach Angaben des Deutschen Mieterbundes werde jeder Haushalt durch steigende Brenn-



Illustration: Peter Flock

stoffkosten durchschnittlich mit einer jährlichen Mehrbelastung von 270 Euro rechnen müssen. Die Enquetekommission I des Landtags beschäftigt sich seit Beginn des Jahres mit den Auswirkungen längerfristig steigender Preise von Öl- und Gasimporten auf die Wirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW.

+++

Der Stromausfall am Samstagabend des ersten Novemberwochenendes, der Teile von Europa lahm legte, hat eine öffentliche Diskussion über Ursachen und Konsequenzen entfacht. Diese erreichte jetzt auch den **Wirtschaftsausschuss** (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU). Im Rahmen einer Dringlichen Anfrage hatte die FDP-Fraktion das Ministerium um einen ersten Bericht gebeten. Allein in NRW waren rund eine Million Menschen von dem „Blackout“ betroffen. Zur jetzigen Zeit könne man wenig über die Ursachen sagen, so Ministerin Christa Thoben (CDU). Als „befremdlich“ betrachte sie jedoch die Entrüstung über den gegenüber der Presse beschriebenen Hinweis auf einen möglichen Zusammenhang mit der

Einspeisung von Windenergie ins Netz. „Dieser beruht auf einer Pressemitteilung der UCTE“ – der Vereinigung europäischer Übertragungsnetzbetreiber –, verteidigte sich Thoben. „Dies als negative Haltung der Landesregierung zur Windkraft auszulegen ist verfehlt und eindeutig falsch.“ Um solche Störfälle künftig vermeiden zu können, sei es unabdingbar, allen Hinweisen auf mögliche, den Schadensablauf beeinflussende Rahmenbedingungen nachzugehen.

+++

Die Landesregierung spricht von einem „Entfesselungsprogramm“, um die Menschen in NRW von „Überregulierung und unnötiger Bürokratie“ zu befreien und ihre Selbstbestimmung zu fördern. Nachzulesen ist dies im Entwurf zum Bürokratieabbaugesetz I (Drs. 14/2242), mit dem sich der **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturen** (Vorsitz Edgar Moron, SPD) am 29. November ab 10.30 Uhr im Rahmen einer Anhörung von Sachverständigen näher beschäftigen wird. Die öffentliche Sitzung findet im SPD-Fraktionsaal statt.

+++

Mit der „Aufhebung des Mangelfächerlasses“ beschäftigte sich der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) im Rahmen einer von den Grünen beantragten Aktuellen Viertelstunde. Durch den Erlass, der eine Erhöhung der beamtenrechtlichen Höchstaltersgrenze auf 45 Jahre für Lehrerinnen und Lehrer so genannter „Mangelfächer“ vorsah, sollten verstärkt Menschen mit Berufserfahrung für den Schuldienst angeworben werden. Die Abschaffung des Erlasses stelle einen Wort- und Vertrauensbruch dar, kritisierte die Opposition. Man könne nicht auf der Basis des Mangelfächerlasses zunächst verstärkt anwerben und dann die gegebenen Zusagen verweigern. Schulministerin Barbara Sommer (CDU) wies darauf hin, dass sich die Landesregierung für die Betroffenen besonders verantwortlich fühle. Für die künftige Besoldung sei – auch ohne Verbeamtung – ein guter Weg gefunden worden. Vermehrte Abwanderungen von Lehramtsabsolventen in andere Bundesländer seien in NRW nicht zu erwarten, da die Einstellungschancen in den Schuldienst hier immer noch sehr gut seien.

„Bei weniger Geld mehr Phantasie“

Experten kämpfen gegen Kürzungen bei der Weiterbildung

Deutschland – und damit NRW – braucht mehr Weiterbildung. Wie erreicht man auch hierzu die europäischen Standards? Möglichst mehr Mittel, keinesfalls jedoch Kürzungen, lautet das Credo der Weiterbilder. Diskurs und Phantasie verlangte Schulministerin Barbara Sommer angesichts der von der Landesregierung geplanten Kürzungen: „Es kann doch nicht sein, dass es nur dann besser wird, wenn mehr Geld da ist“, appellierte sie an den versammelten Sachverständigenrat auf der 12. gemeinsamen Weiterbildungskonferenz von Landtag und Landesregierung.



Foto: Schälte

Da das alljährliche Treffen der Politik mit weit über hundert Vertretern der unterschiedlichsten Bildungseinrichtungen diesmal bewusst zu Beginn der Haushaltsberatungen stattfand, nutzen die Institutions- und Verbandsvertreter die Gelegenheit, finanzielle Forderungen zu stellen. 90 Millionen Euro will die Landesregierung der Weiterbildung bis 2010 pro Jahr garantieren. Das sind sechs Millionen weniger als noch im vergangenen Jahr. Ausgenommen werden von den Kürzungen soll nur die Familienbildung. Insgesamt sinken die Landesmittel allerdings um 18 Millionen. Zwölf davon will die schwarz-gelbe Koalition über Mittel aus dem ESF-Fond der EU wieder ausgleichen.

Diese Mittel für die Weiterbildung zu sichern, sei eine „große Leistung“ der Ministerin, wies Klaus Kaiser (CDU) Vorbehalte der Experten zurück. Kurt Koddenberg, Sprecher des Landesarbeitskreises Weiterbildungseinrichtungen, hatte zwar ausdrücklich begrüßt, dass diese Mittel teilweise noch dieses Jahr fließen können, aber auch Schwierigkeiten aufgezeigt. Wegen des hohen bürokratischen Aufwands, ihrer Befristung, einer inhaltlichen Festschreibung mit konkretem Projektbezug und nicht zuletzt der notwendigen Eigenmittel in Höhe von 50 Prozent, seien sie kein echter Ersatz für die wegfallenden Landesmittel.

VIERTE SÄULE

Unter dem lang anhaltenden Beifall seiner Kollegen sprach Koddenberg der Weiterbildungspolitik die Glaubwürdigkeit ab: „Vor elf Monaten war hier noch von einer vierten Säule der Bildung die Rede und jetzt verärgern Sie vier Millionen Teilnehmer.“ Seit 2002 habe man nunmehr 38 Prozent Kürzungen hinnehmen müssen, sagte er und sparte auch nicht mit Kritik an der Vorgängerregierung. Er sah die Grundbildung akut gefährdet, die Weiterbildungslandschaft NRW vor einer Pleitewelle. Ein Statement, das die Leiter verschiedener Bildungseinrichtungen mit der konkreten Angst vor dem Ende ihres Instituts untermauerten.

Die von der Ministerin angemahnte Phantasie habe man in den zurückliegenden Jahren bereits an den Tag gelegt um die Kürzungen von SPD und Grünen zu überstehen. „Vergessen Sie nicht, dass jeder Euro des Landes vier weitere mobilisiert. Das ist für die Politik eine preiswerte Veranstaltung“, argumentierte Koddenbergs Sprecherkollege Rainer Hammelrath. Er for-

derte eine Weiterbildungsoffensive gerade für bildungsferne Schichten. Denn während sich europaweit immerhin sieben Prozent der Menschen ohne so genannten mittleren Abschluss weiterbilden, sind es in Deutschland gerade einmal drei Prozent. Insgesamt liegt die Weiterbildungsquote laut OECD bei 18 Prozent, in Deutschland sind es zwölf.

Wie man das ändern kann? Mehr Information lautete ein Stichwort in der Debatte um Perspektiven der Weiterbildung in NRW. Hier setzte die Ministerin auf Instrumente wie die Weiterbildungssuchmaschine im Internet. Aber auch eine genaue Überprüfung der Angebote sei notwendig. Kurse mit rein privatem Interesse sieht sie künftig nicht mehr im Förderkanon des Landes: „Studieren ist kein Selbstzweck.“

Die Experten hingegen forderten eine systematische Untersuchung der Hintergründe, stellten den Rückgang der Teilnehmerzahlen

in Zusammenhang mit Mittelkürzungen. „Die Einrichtungen arbeiten gut“, stellten denn auch Sigrid Beer (GRÜNE) und Ute Schäfer (SPD) fest – als Ex-Schulministerin vormals für Kürzungen mitverantwortlich – und forderten mehr Geld vom Finanzminister. Der Ministerin warf die Opposition vor, sie sei nicht mehr die Anwältin der Weiterbildung. „Ich bin entsetzt, als vertretbar haben wir die Kürzungen im Bildungsbereich nie bezeichnet“, sagte Sylvia Löhrmann (GRÜNE). Es gelte zumindest zu versuchen, „rauszuholen, was rauszuholen ist“. „Das tun wir“, konterte CDU-Sprecher Klaus Kaiser. Und in Richtung Weiterbildungsexperten: „Wir nehmen Ihre Sorgen ernst.“ Es gebe sehr wohl Überlegungen, Korrekturen vorzunehmen. Nur versprechen wollte er für die Haushaltsberatungen nichts. Aber das hatten die Bildungsexperten tatsächlich auch nicht erwartet.

vok

CDU

CDU: Erinnerungskultur lebendig gestalten



Für die CDU hat die Kulturförderung der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler eine herausragende Bedeutung. Dies schlägt sich auch in der finanziellen Ausstattung der Kulturarbeit nieder“, sagte Horst Westkämper, Beauftragter der CDU-Landtagsfraktion für Heimatvertriebene und Spätaussiedler. Im Zuge der beabsichtigten Verdopplung des Kulturhaushalts bis zum Jahre 2010 seien im Haushalt nach vielen Jahren erstmalig auch wieder Projektmittel zur Förderung der kulturellen Arbeit durch Einrichtungen und Verbände der Vertriebenen eingestellt worden. Mit diesen öffentlichen Mitteln werden im laufenden Jahr landesweit 44 Projekte gefördert, wie zum Beispiel die Russlanddeutschen Kulturtage oder Veranstaltungen des Bundes der Vertriebenen.

Westkämper mahnte, es müsse sich immer wieder vor Augen gehalten werden, dass die Erlebnisgeneration von Flucht und Vertreibung altersbedingt immer weniger vertreten sei. Umso wichtiger sei es, das Bewusstsein hierfür im Sinne einer lebendigen Erinnerungskultur wach zu halten. Die Projektförderung leiste in diesem Zusammenhang einen wichtigen Beitrag. Westkämper: „Flucht und Vertreibung sind hochaktuelle Themen, die gerade die Menschen in Nordrhein-Westfalen in besonderem Maße berühren. Wir dürfen nicht vergessen, dass ein Viertel der Menschen aus Nordrhein-Westfalen ihre Wurzeln im Osten Europas haben.“ ■

GRÜNE

Servus, Michael Vesper!

Wer über so viele Jahre maßgeblich die (grüne) Landespolitik mitgeprägt hat wie Michael Vesper, der verdient es, in einem würdigen Rahmen verabschiedet zu werden. Mehr als 200 Gäste folgten der Einladung von Fraktionschefin Sylvia Löhrmann, um dem scheidenden Abgeordneten, langjährigen Minister und stellvertretenden Ministerpräsidenten sowie Vizepräsidenten des Landtages persönlich „Servus!“ zu sagen. Darunter waren viele grüne Weggefährten aus 25 Jahren grüner Politik, aktive und ehemalige Kabinettsmitglieder von CDU und SPD und VertreterInnen vieler gesellschaftlicher Gruppen. Als Überraschung hielt Dr. Werner Müller, Vorstandsvorsitzender der RAG, eine Laudatio, in der er mehr als zwei Jahrzehnte aus dem Leben von Michael Vesper in amüsanten Episoden Revue passieren ließ. Das Abschiedsgeschenk der Fraktion war ein eigens angefertigter Film, auf dem u. a. Bärbel Höhn, Wolfgang Clement, Peer Steinbrück, Jürgen Rüttgers und Cordula Stratmann grü-

ßen. Auch wenn Michael Vesper nun als Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbundes nach Frankfurt wechselt, hat dieser Abend gezeigt, wie viel ihn noch mit NRW verbindet. ■

Michael Vesper und die GRÜNE-Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann. Weitere Bilder des vergnügt-wehmütigen Abends: www.gruene.landtag.nrw.de



Foto: A. Buss

SPD

SPD-Fraktion unterstützt BenQ-Betriebsrat

Die SPD-Landtagsfraktion hat ihre Solidarität mit den Beschäftigten von BenQ bekräftigt. „Wir stehen im Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze solidarisch an Eurer Seite“, heißt es in einer Erklärung an die Mitarbeiter von BenQ, die der Vorsitzenden des Betriebsrats, Heike Deppner, Betriebsrat Michael Gerber und dem Gesamtbetriebsrat Michael Leucker übergeben wurde. Dabei bekräftigten sowohl die SPD-Abgeordneten als auch der Betriebsrat, dass vor allem Siemens sich nicht aus der Verantwortung um die früheren Beschäftigten stehlen könne. „Siemens kann nicht nur eine Art Armenspeisung als Angebot vorlegen“, hieß es in der Fraktionsitzung. „Das betrifft das finanzielle Engagement zum Erhalt des Unternehmens sowie die Übernahme von Beschäftigten ohne Arbeitsplatzperspektive.“ Scharf kritisierte die Fraktionsvorsitzende Hannelore Kraft das Verhalten von Ministerpräsident Rüttgers: „Es ist politisch billig, nur noch über die weit entfernte BenQ-Zentrale in Taiwan zu meckern, aber Siemens vor Ort völlig aus der Verantwortung zu nehmen. Das werden wir Rüttgers nicht durchgehen lassen.“ Die SPD-Fraktion hat die Initiative ergriffen und einen Antrag gestellt, in dem die Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefordert wird. Insbesondere die Landesregierung muss sich aktiv an der Suche nach einer unternehmerischen Perspektive und einer sozialverträglichen Lösung beteiligen und dabei ihre Einflussmöglichkeiten auch auf die Siemens AG nutzen. ■



FDP

FDP: Beschluss gegen Subventionsbergbau

Mitte Oktober ist die FDP-Landtagsfraktion zu politischen Gesprächen nach Berlin gereist. Im Mittelpunkt stand eine gemeinsame Sitzung mit der FDP-Bundestagsfraktion. Die Abgeordneten beider Fraktionen fassten dabei einstimmig einen Beschluss zum Ende des Subventionsbergbaus. Unter dem Titel „Schnellen Ausstieg aus dem Subventionsbergbau für die Modernisierung der Bergbauregionen nutzen“ bekräftigen Bundestags- und Landtagsfraktion ihre Überzeugung, dass der Ausstieg aus dem Subventionsbergbau bis Ende des Jahres 2012 sozialverträglich erfolgen kann. Der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Gerhard Papke, bezeichnete den Fraktionsbeschluss als wegweisend. Es gehe nicht mehr um das „Ob“, sondern nur noch um das „Wie“ des Ausstiegs aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau, erklärte er. Einigkeit herrschte in beiden Fraktionen zudem in dem Punkt, dass es eine nationale Aufgabe sei, das Ende des Subventionsbergbaus sozialverträglich zu gestalten. Die Fraktionen beschlossen, dass der historische Ausstieg aus dem Subventionsbergbau mit dem Einstieg in eine Zukunftsperspektive und konkrete Modernisierungsimpulse für die Bergbauregionen verbunden werden muss. ■



Porträt der Woche: Oliver Keymis (GRÜNE)

Außerlich schwarz, doch innerlich grün. Lebensfroh den schönen Künsten zugehen und doch die harte politische Sacharbeit nicht scheuend. Weltoffen mit frankophilem Faible und doch von Geburt an bodenständiger Rheinländer: Oliver Keymis ist ein Mensch und Politiker, der viel vermeintlich Widersprüchliches in seiner Person und Lebensphilosophie zu einem harmonischen Ganzen vereint, ohne dabei in Beliebigkeit zu verfallen.

Eine Charaktereigenschaft, die dem GRÜNE-Politiker für sein neues Amt als Vizepräsident des Landtags sehr zugute kommt. Dass Keymis nach sechseinhalb Jahren im Parlament auch für ihn „sehr überraschend“ eine neue Rolle ausfüllen soll, macht ihm keine Angst: „Mein Amt ist ein Angebot an alle Abgeordneten, für das Haus insgesamt zu stehen“, erklärt der 45-jährige verheiratete Politiker. Er verspricht: „Ein Neutrum werde ich nicht. Selbstverständlich bin ich ein Grüner. Das ist meine politische Heimat.“

Ganz so lange allerdings noch nicht, denn Keymis trat der Partei erst im Jahr 1997 bei. Zu diesem Zeitpunkt hatte er als Sprecher der in Meerbusch ansässigen Bürgerinitiative gegen den oberirdischen Bau der Autobahn 44 allerdings schon mehr als zehn Jahre öffentlichkeitswirksam auf sich aufmerksam gemacht und damit das Interesse der grünen Landtagsfraktion geweckt. Als das A 44-Projekt mit einem Teilerfolg der Bürgerinitiative zugunsten einer Brücke-Tunnel-Lösung ausging, warb die damalige grüne Verkehrspolitikerin Gisela Naken um Keymis: Der Grünen-Sympathisant

trat in die Partei ein, trat 1999 mit Erfolg um einen aussichtsreichen Listenplatz an und zog im Jahr darauf erstmals in den Landtag ein.

NEIGUNGSFELDER

Beruflich hatte Keymis zu diesem Zeitpunkt bereits eine 16-jährige Theater- und Fernsehkarriere als Regieassistent und Regisseur hinter sich. Dieser gab er allerdings Anfang 2000 bewusst auf und zog dabei sogar zwei zugesagte Theaterprojekte zurück: „Wenn man Politik ernst nimmt, ist nebenher nicht mehr viel möglich“. Außerdem müsse man auch nicht immer etwas tun. Keymis plädiert für Momente der Stille und des Innehaltens. „Die meisten definieren sich ja darüber, dass sie ständig irgendetwas tun. Das bringt uns ja oft auch so durcheinander!“ Im Übrigen, so Keymis, habe er immer in seinem Leben ein Stück Risiko in Kauf genommen. Und zwar getreu der Lebensmaxime seines irischen Theatervorbildes Samuel Beckett: „Weiter scheitern. Besser scheitern.“

Von einer solchen Möglichkeit hat sich Keymis als professioneller Politiker allerdings zusehends entfernt. Zusätzlich zu seinen „Neigungsfeldern“ Kultur- und Medienpolitik nahm er sich des Straßenbaus und ab 2003 des gesamten Komplexes Verkehrspolitik an. In der er sich insbesondere seit 2005 nach dem Gang in die Opposition als Streiter für einen restriktiven Luftverkehr und als Verfechter für den Ausbau des öffentlichen Schienenverkehrs einen Namen machte.

Allerdings wird es zu den Duellen mit dem „schwarzen Olli“ (Wittke) zu Lande und in der Luft nicht mehr kommen. Denn im Gegensatz zu den Themenfeldern Kultur und Medien ist der stark polarisierte Bereich Verkehr nicht vereinbar mit dem mehr auf parlamentarische Repräsentanz angelegten Vizepräsidentenamt.

Gleichwohl macht Keymis keinen Hehl daraus, dass er die Lösung der verkehrspolitischen Probleme, insbesondere im Hinblick auf die Umweltpolitik, als entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft hält: „Wir können nicht weiter für 18 Euro durch ganz Europa fliegen. Da werden sich die hochentwickelten Gesellschaften zurücknehmen müssen.“

Wie bitterernst Keymis diese Angelegenheit ist, wird daran deutlich, dass er an dieser Stelle auch die Grenzen seines Optimismus festmacht: „Um die Klimakatastrophe zu vermeiden, müssen wir alle im großen Stil umsteuern. Da kann man nicht drumherum lächeln.“

Autor:
Michael Fritsch



FCL: Spieler verliehen – Spiel verloren

Budapest – die schöne Donaumetropole empfing den FC Landtag. Beim Fußballmatch zwischen den Mannschaften des ungarischen und des nordrhein-westfälischen Parlaments ist der FCL letztlich an einem Teamkollegen gescheitert, den man großzügig an die gegnerische Mannschaft abgetreten hatte.

Das bedarf der Erklärung: Angesichts der Turbulenzen in Ungarn sah sich die Opposition außerstande, gemeinsam mit den Regierungsfractionen ein Fußballteam zu bilden. Es fehlte vor allem ein Torhüter. So schickte der FCL seinen Keeper Heinrich Kemper zwischen die ungarischen Pfosten.

Vom gekonnten, direkten Kurzpassspiel der Ungarn ließ sich der FCL nicht irritieren, sondern ging durch Jürgen Coße in Führung. Dann der Ausgleich. Puskas nutzte eine Unaufmerksamkeit aus. Postwendend schlug der FCL zurück. Damit wieder Führung zur Pause. In der zweiten Halbzeit wollten die Ungarn es wissen. Schon der zweite Angriff brachte den Gleichstand. Ein Pfos-

tenkracher von Lorant prallte unglücklicherweise direkt vor die Füße von Koczis, der staubte zur Führung für die Ungarn ab. Das schmeckte gar nicht. Der FCL drängte, angetrieben von Günter Langen, Werner Lohn, Hubert Kleff und Rene Halverkamps mit Macht auf den Ausgleich: Aber Kemper im Ungarn-Tor hielt alles.

Es kam noch bitterer, die Ungarn führten schließlich 4:2. Der FCL gab nicht auf. Jürgen Coße hämmerte die Kugel aus kurzer Distanz in die Maschen. Nochmals brachte der FCL die Ungarn in Bedrängnis. Diesen fiel beim Schlusspfiff ein Stein vom Herzen: 4:3. Die Ungarn nahmen den Sieg als Revanche für 1954 – man muss auch gönnen können.

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinker, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)

Weitere Mitarbeiterin: Doro Dietsch
Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 17. November bis 4. Dezember 2006

17.11. Monika Brunert-Jetter (CDU)	51
24.11. Karl-Heinz Haseloh (SPD)	60
28.11. Martin Börschel (SPD)	34
3.12. Dr. Wilhelm Droste (CDU)	46
3.12. Rolf Einmahl (CDU)	57
3.12. Marc Ratajczak (CDU)	33
4.12. Chris Bollenbach (CDU)	34

Regina van Dinther, Landtagspräsidentin, ist zur ersten Botschafterin der Lebenshilfe Nordrhein-Westfalen ernannt worden. Mit der Übernahme dieser Aufgabe will die Landtagspräsidentin die besondere Unterstützung geistig behinderter Menschen sowie die Notwendigkeit ihrer weiteren Integration zum Ausdruck bringen. Vor der Landesdelegiertenkonferenz der Lebenshilfe betonte sie, Menschen mit Behinderungen dürften nicht am Rande, sondern müssten in der Mitte der Gesellschaft stehen.

Hannelore Kraft, SPD-Landtagsabgeordnete, ist mit 92 Prozent Zustimmung in ihrem Amt als SPD-Fraktionsvorsitzende bestätigt worden. Bei der Vorstandswahl der Fraktion wurde **Carina Gödecke** als Parlamentarische Geschäftsführerin ebenfalls bestätigt. Für die nicht mehr kandidierenden Vorstandsmitglieder **Birgit Fischer** und **Dr. Axel Horstmann** kamen **Britta Altenkamp** und **Norbert Römer** neu in das Führungsgremium. Dort sind weiter vertreten **Marc Jan Eumann**, **Ralf Jäger**, **Ute Schäfer**, **Rainer Schmeltzer** und **Gisela Walsken**.

Holger Müller, CDU-Landtagsabgeordneter, ist für weitere drei Jahre mit 96 Prozent der Stimmen als Fraktionsvorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion des Rheinisch-Bergischen Kreises bestätigt worden. Auch sein Fraktionskollege **Rainer Deppe** wurde in seinem Amt bestätigt – er ist weiterhin stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Pressesprecher der Kreistagsfraktion.

Professor Dr. Karl-Rudolf Korte, Direktor des Instituts für Politikwissenschaft, Fachbereich Geisteswissenschaften an der Universität Duisburg-Essen, ist einer der Autoren des in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung NRW herausgegebenen Buchs „Regieren in Nordrhein-Westfalen“. Untertitel: Strukturen, Stile, Entscheidungen 1990-2006.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, **Rolf Krebs**, sowie der Leiter des Katholischen Büros, **Dr. Karl-Heinz Vogt**, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 16. November 2006 ein: Um 8.00 Uhr zur Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Foto: Schälte